

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

67. Sitzung
4. Mai 2026

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 12.30 Uhr
Vorsitz: Franziska Brychcy (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Tobias Schulze (LINKE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„Was unternimmt der Senat, um die Kündigung des Entlastungstarifvertrages an der Charité zu verhindern?“

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) gibt ihrem Bedauern Ausdruck, dass sich die Charité dazu gezwungen gesehen habe, von dieser Kündigungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Durch den Entlastungstarifvertrag seien Fortschritte sowohl im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen als auch die Entlohnung erzielt worden. Überdies habe in den vergangenen Jahren eine Steigerung der Auszubildendenzahlen verzeichnet werden können.

In dem Vertrag sei vorgesehen, dass eine Kündigung dann möglich sei, wenn sich gesetzliche Rahmenbedingungen relevant änderten. Solche Änderungen seien infolge des Krankenhausreformanpassungsgesetzes – KHAG – zu erwarten, aber auch die angekündigten Einsparungen und erheblichen Einschnitte beim Pflegebudget stellten die Charité vor große Herausforderungen. Gleichwohl bestehe ihrer Kenntnis nach seitens der Charité die Absicht, einen neuen

Tarifvertrag zu verhandeln, in welchem möglichst viele Elemente des bisherigen Entlastungstarifvertrages übernommen werden könnten.

Tobias Schulze (LINKE) äußert die Hoffnung, dass der Abschluss eines Tarifvertrages gelingen werde, in welchem unter anderem die bisherige Personalbemessung fortgeführt werde, da diese in der Tat zu einer guten Personalentwicklung an der Charité beigetragen habe. – Seine Fraktion interessiere, welche finanziellen Einschnitte für die Charité zu erwarten seien, wenn die Bundesgesetzgebung wie derzeit vorgesehen umgesetzt werde.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) antwortet, es sei damit zu rechnen, dass der Charité dadurch pro Jahr ein hoher zweistelliger Millionenbetrag an Einnahmen verloren gehe.

Martin Trefzer (AfD) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage:

„Die Hochschulleitungen der HAWs trafen sich am 14. und 15. April 2026 zur jährlichen Strategietagung in Berlin. Als Ergebnisse der Tagung wurden zwei Eckpunkt-papiere erarbeitet und verabschiedet, in denen konkrete Forderungen an Bund und Länder zur Ausgestaltung und Etablierung der Deutschen Anwendungsforschungsgemeinschaft (DAFG) sowie Vorschläge für eine Weiterführung des Programms „FH-Personal“ konkretisiert wurden. Wie bewertet der Senat diese konkreten Forderungen und was können die HAWen in Berlin diesbezüglich erwarten?“

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) merkt zunächst an, dass die Beantwortung der Frage aufgrund ihres zeitlichen Eingangs unmittelbar vor einem Feiertag von ihrem Haus leider nicht ausführlich habe vorbereitet werden können.

Grundsätzlich könne sie jedoch sagen, dass der Senatsverwaltung die genannten Eckpunkt-papiere bekannt seien. Die SenWGP setze sich stets für die Bedürfnisse der HAWs ein und halte es für relevant, die Förderung der anwendungsorientierten Forschung, des Transfers und auch der Personalstrukturen an den HAWs besser aufzustellen. Derzeit befänden sich Bund und Länder hierzu in einem laufenden politischen Prozess, dessen Ergebnissen sie an dieser Stelle nicht vorgreifen könne. Im Ausschuss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz liefen ferner Beratungen zu Eckpunkten für eine zukünftige DAFG; voraussichtlich werde in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz im Juli 2026 darüber debattiert.

Martin Trefzer (AfD) äußert Verständnis, dass der Eingang der Frage die Beantwortung erschwert habe. – Seine Fraktion bitte in diesem Fall um eine ergänzende schriftliche Stellungnahme der Senatsverwaltung.

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) sagt zu, dass ihr Haus dieser Bitte gern nachkommen werde.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Dr. Ina Czyborra (SenWGP) berichtet, dass vom 22. bis 24. April 2026 die Frühjahrssitzungen des Wissenschaftsrates in Wolfsburg stattgefunden hätten. Aufgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, welche aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehe, sei die Beratung von Bund und Ländern im Hinblick auf die Ausgestaltung der Wissenschaftspolitik und der Wissenschaftslandschaft.

Hierbei sei sie auch in den Prozess der Exzellenz eingebunden, weshalb es im Rahmen der Sitzungen eine Debatte über die Lehren aus der Evaluation der Exzellenzuniversitäten und die Beobachtungen des Wissenschaftsrates in Bezug auf Governance gegeben habe. Insgesamt sei das positive Fazit gezogen worden, dass das Exzellenzprogramm Governance nachhaltig geformt sowie Beteiligung und Entscheidungsfähigkeit gefördert habe. Zudem entfalte sich dadurch ein hohes Potenzial, die Sichtbarkeit und die Rolle der Standorte zu stärken. – Hervorgehoben worden sei ebenfalls, dass die Berlin University Alliance als erster Exzellenzverbund Deutschlands neue Maßstäbe für die Zusammenarbeit von Universitäten gesetzt habe, was sich ihrer Ansicht nach auch in der positiven Evaluierung durch die Exzellenzkommission und der sich daraus ergebenden Weiterförderung zeige.

Des Weiteren habe der Auftakt zu einer Debatte über einen Reformprozess des Wissenschaftsrates stattgefunden, in dessen Zuge die Arbeitsweisen des Wissenschaftsrates weiterentwickelt werden sollten, sodass er noch größere Wirksamkeit entfalten könne. Zur Sprache gebracht worden seien beispielsweise eine operationalisierbare Auskopplung von Ergebnissen, sodass sie leichter kommuniziert werden könnten, sowie die Frage, ob bereits im Prozess der Erarbeitung von Positionen die Akteure, welche sie nachfolgend umsetzen sollten, stärker eingebunden werden müssten.

Der **Ausschuss** schließt Tagesordnungspunkt 2 ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/3155
Berliner Hochschulbaugesellschaftsgesetz (BHGG)
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs auf
Antrag des Senats)

[0203](#)
WissForsch
Haupt

Hierzu: Anhörung

in Verbindung mit

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Zukunft des Hochschulbaus: Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven
(auf Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Marode Hochschulen, leere Kassen: Ist die Infrastrukturgesellschaft die Rettung? Stand und Perspektive
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0115](#)
WissForsch

[0158](#)
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.02.2026

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.